

Egon Bahr:  
 Deutsche Interessen.  
 Streitschrift zu Macht,  
 Sicherheit und Außenpolitik,  
 Karl Blessing Verlag München 1998,  
 158 S. (24,90 DM)

Die russische Währungs- und Führungskrise im Sommer 1998 hat es bestätigt: Die Blockkonfrontation ist zwar beendet, die Welt aber keineswegs in Ordnung. Nur wenige Politiker des linken politischen Spektrums machen es sich zur Aufgabe, über die Grundkoordinaten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken. Wenn gar noch über deutsche Interessen reflektiert wird, dann bedarf es schon der Abgeklärtheit und Angriffslust eines Egon Bahr. Der strategisch-theoretische Kopf einer ganzen Epoche sozialdemokratischer Außenpolitik und zuletzt langjährige Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bestätigt in der vorliegenden Streitschrift seinen Ruf als Kenner der Materie und Vordenker einer konsequenten Abrüstung in einer nicht nur europäischen Friedensordnung.

Für die noch ausstehende knappe Zeit bis 1999 – dem Jahr des Inkrafttretens des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa und der wahrscheinlichen Aufnahme dreier osteuropäischer Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn) in die NATO – sieht er eine erfreuliche »Nicht-Entschiedenheit«, die als »Fenster der Gelegenheit« für alternative Ansätze genutzt werden sollte (S. 142). Das ist neben allen Erfordernissen der realen Politik auch eine Konterstellung zur verbreiteten Meinung in der Bundesrepublik, daß »die Sicherheitspolitik keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor(locke)« (S. 16).

Bahr ist kein Träumer. Seine Prämissen sind klar. Außen- und Sicherheitspolitik bleiben auch nach dem Epochenwechsel »Schicksalsfragen der Völker« (S. 9) und sind für ihn immer noch Machtpolitik. Bahr erinnert daran, daß die Welt in einem globalen Umbruch steckt, der nur sehr lange vom Ost-West-Konflikt verdeckt wurde. Technologisierung und Globalisierung wirken. »Daß sich der Kapitalismus, befreit von dem lästigen

Konkurrenten im Osten, der sich zu Recht mit einem Winseln aus der Geschichte verabschiedet hat, nun ungehemmt der Gewinnmaximierung zuwenden kann, hat die Entwicklung nicht ausgelöst, sondern nur beschleunigt.« (S. 14)

In diesem auch politisch nach 1989/91 veränderten Umfeld gelte es, die neuen Interessenlagen genau zu bestimmen. Die brauchen im Unterschied zu den USA für Deutschland keineswegs global ausgelegt sein. Trotz einer notwendigen Abstufung reichen sie bei ihm jedoch weit. Er unterscheidet drei Ebenen dieser Interessenlage. Seine »Analyse deutscher Interessen ergibt:

*Erstens* vital: verhindern, daß wieder eine Bedrohungsmacht im Osten entsteht; positiv: die Stabilität Gesamteuropas erreichen.

*Zweitens* herausragend:

a) die globale Handlungsfähigkeit Europas anstreben;

b) Vertiefung und Erweiterung bestehender Institutionen betreiben;

c) die nordatlantische Sicherheitsstruktur erhalten;

d) die UN stärken.

*Drittens* wichtig: Stabilitätsbemühungen im Kaukasus und in Mittelasien, im Nahen und Mittleren Osten unterstützen; zur Gesundung Afrikas südlich der Sahara beitragen; die Wirtschaftsinteressen in Südostasien fördern.« (S. 25)

Bemerkenswert sind dabei drei Argumentationslinien Bahrs:

*Erstens* die Einsicht, daß das Schicksal Rußlands für Deutschland und Europa ausschlaggebend ist. Eine Ausgrenzung dieser Macht, auch durch die Osterweiterung der NATO in den sensiblen russischen Nachbarregionen, könnte verhängnisvoll sein und es tatsächlich wieder zu einer Bedrohung machen.

Ebenso hält Bahr nichts von dem irrigen Händereiben im Westen angesichts der Krisen, das aus der Hoffnung genährt würde, daß ein mit sich selbst beschäftigtes Rußland keine Gefahr sei. »Gerade weil wir das militärische Gewicht ... verringern wollen, liegt uns an einer Gesundung Rußlands, damit es sich seiner selbst sicher auf kooperative Einbeziehung in Europa einlassen kann und nicht auf Konfrontation ausweichen muß.« (S. 28/29)

*Zweitens* plädiert Bahr für ein vorsichtiges Abnabeln von den USA. Bislang sei es bedingt durch die europäische Unfähigkeit zu gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik noch so, daß »das luxuriöse Protektorat (der USA) mit so großzügiger Mitbestimmung« existiere, auch wenn es Schlimmeres gebe (S. 36/37). Ein wirtschaftlich weiter erstarkendes und durch den Euro – bei allen Problemen – zur Weltmacht werdendes Europa werde »als handlungsfähiges Europa ... zum Konkurrenten Amerikas« (S. 31). Auch deshalb sei es nötig, daß Europa sich machtpolitisch seiner Stärke bewußt werde und entsprechend agiere. Solange die USA aber den Europäern die Verantwortung abnimmt und diese sich das bereitwillig gefallen lassen, solange bleibt Europa gebremst und erfülle seine Verpflichtungen nicht.

*Drittens* setzt sich Bahr für die Verringerung der militärischen Stärke ein. Er argumentiert nicht zu den entsprechenden Vorschlägen seines Hamburger Instituts<sup>1</sup>. Aber er fordert ganz klar eine deutliche Reduzierung der Bundeswehr. Er will eine Ordnung, »in der das Militär nicht mehr gebraucht wird, um Kriege zu führen oder Kriege zu beenden. Militärisch ist Deutschland eine schwache Macht. Es gibt stärkere Staaten. Es wäre gut, einen Zustand zu erreichen, in dem militärische Stärke keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt.« (S. 27)

Leider setzt sich Bahr nicht mit den noch »sinnvollen« militärischen Einsätzen auseinander. Der Bundeswehr-Einsatz in Bosnien wird positiv gewertet. Hier scheint eine kritischere Wertung angebracht, da generell nach dem Sinn militärischer »Konfliktlösungen« – auch bei friedenserhaltenden und gar -erzwingenden Maßnahmen – gefragt werden sollte.

Bahr will klar den Interessenmaßstab an die Stärke der Bundeswehr anlegen und da wären für ihn 250.000 oder 200.000 oder auch weniger allemal genug. Dann könnte auch die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden. Seiner Meinung sind auch die immer angeführten innenpolitischen Gründe (Schule der Nation, Einfordern von Pflichten für die Gesellschaft) erledigt.

Im Kontext der militärischen Seite der Sicherheit erinnert Bahr daran, daß auf dem

Boden der Bundesrepublik immer noch US-amerikanische Kernwaffen stationiert sind. Auch wenn er nicht an die völlige Abschaffung der Kernwaffen durch die Kernwaffenmächte glaubt, nur an ihre drastische Reduzierung auf vielleicht 1.000 oder 500 tödliche Sprengköpfe, hält er sie in Deutschland für völlig überflüssig und potentiell gefährlich.

Was Bahr will, ist ein politisch einheitlich handelndes Europa – von Lissabon bis Wladiwostok. Das könne die dafür ungeeignete NATO nicht ersetzen, eher stehe die OSZE für eine solche umfassende Herangehensweise, auch wenn sie gegenwärtig dazu nicht in der Lage sei. Aber nur so könnte Europa seiner Verantwortung als Weltmacht gerecht werden.

Gerade in diesen Schlußfolgerungen werden allerdings die Probleme sichtbar, denen Bahr ausgesetzt ist. Einerseits hat er Illusionen hinsichtlich des wünschenswerten, aber noch nicht absehbaren gesamteuropäischen »Qualitätssprung(s) zu einer Regierung unter Kontrolle des Parlaments mit Nationalstaaten, die zu Ländern ohne letzte Entscheidung über Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik werden« (S. 35). Gerade angesichts der Globalisierung und der bereits erfolgten wirtschaftlichen Entmündigung der Nationalstaaten dürfte eher die Rückkehr zu einer – wahrscheinlich bornierten – Nationalstaatlichkeit die nächsten Jahre prägen. Auch eine erhoffte engere Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich oder die Schaffung einer »europäischen Souveränität« würden daran nichts ändern und die Probleme eher verdecken als lösen helfen. Zum anderen negiert Bahr zu sehr die differenzierte Politik, Ökonomie und Interessenlage der einzelnen europäischen Staaten. Die kennt natürlich auch Bahr und er postuliert, daß z.B. »das Interesse der Stabilität ... auch Staaten mit unterschiedlichen Wertvorstellungen einschließen (muß)« (S. 69).

Aber selbst bei den von ihm beschriebenen Interessen Deutschlands ist offenbar, daß auch andere Mächte in den gleichen Regionen Interessen haben und sie oft auch gegen andere Staaten und deren Wirtschaft durchsetzen wollen. Das ändert natürlich nichts daran, daß Deutschland und die anderen europäischen Staaten jeweils einzeln wie gemeinsam »eine

stabile gesamteuropäische Friedensordnung« als Ziel haben (S. 28).

Trotz dieser Einschränkungen hat Bahr völlig recht: »Stabilität durch Gewaltverzicht ist die Voraussetzung für Wohlstand.« (S. 139) Dafür bedarf es eines Politikwechsels, wahrscheinlich eines höheren Maßes an Übereinstimmung auch der wirtschaftlichen und vor allem sozialen Interessen der einzelnen Partnerländer sowie politischer Aktivität nicht nur der Diplomaten.

STEFAN BOLLINGER

<sup>1</sup> Siehe Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Hrsg.: Stiftung Entwicklung und Frieden. EINE Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bd. 15. Bonn 1995 – siehe meine Rezension in: Utopie kreativ, H. 77 (1997). S. 88-90

Dirk Messner (Hg.):  
Die Zukunft des Staates und der  
Politik. Möglichkeiten und Grenzen  
politischer Steuerung in der  
Weltgesellschaft,  
EINE Welt-Texte der Stiftung  
Entwicklung und Frieden, Band 5,  
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger  
Bonn 1998, 348 S. (24,80 DM)

In welchen Zusammenhängen auch immer ›Globalisierung‹ – ob als politisches, wirtschaftlich-soziales und ideologisches Phänomen oder auch als Mythos – verhandelt wird, stets kommt der grundsätzlich veränderte Handlungsspielraum von Staat und Politik ins Gerede. Das vorliegende Buch widmet sich nun ausschließlich dieser Grundannahme des Globalisierungsdiskurses. Dazu präsentieren 13 Autoren aus Chile, Frankreich, Großbritannien, den USA und der BRD ihre Ansichten zur spannenden Frage nach der Zukunft staatlich-politischen Handelns.

Bei allen Unterschiedlichkeiten im Detail beherrscht ein gemeinsames Motto den Sammelband – Optimismus ist Pflicht! Allerdings entledigen sich die Autoren dieser Pflichtübung auf höchst unterschiedliche Weise. Der zweifellos beste, weil bemerkenswert problembewußte Beitrag stammt aus der Feder

von *Meghnad Desai* von der London School of Economics. In seinem Aufsatz über »Global Governance« verweist er nicht nur auf die inzwischen überall kolportierte Tatsache, daß die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (wieder) stärker angewachsene internationale Kapitalmobilität und die Flexibilisierung der Wechselkurse die Autonomie staatlicher Wirtschaftspolitik untergraben (vgl. S. 334), er reflektiert auch die grundlegende Ungleichheit, die dieser relativen ›Entmachtung des Staates‹ in der internationalen Arena innewohnt. »Die politischen Säulen tragen eine ungleiche, undemokratische internationale Ordnung, in der die Mächtigen die Regeln für den Rest festlegen, sich selbst jedoch nicht an die von ihnen verkündeten Gesetze halten müssen« (S. 343). Ausgerechnet von der ›Globalisierung‹, einem Prozeß, in dessen Verlauf weltweit gültige Maßstäbe kapitalistischer Wirtschaftsrationallität gesetzt und durchgesetzt werden, erhofft sich Desai einen Schritt hin zu ›Global Governance‹, die nach seiner Meinung mindestens die Aufgabe hat, »ein Grundgerüst an Regeln bereitzustellen, deren Befolgung alle beteiligten Parteien im Gemeinwesen zusehern« (S. 342).

Im Beitrag von *Dirk Messner* wird nun jedoch verdeutlicht, wie komplex die Aufgabe und wie kritisch Probleme der Machtverteilung bei der Herausbildung einer ›Global-Governance-Architektur‹ sind, nicht zuletzt auch, weil sich »die Machtpotentiale von den politischen Akteuren zu privaten Unternehmen verlagert haben« (S. 37). Insgesamt bleibt die Vision einer »leistungsfähigen Global-Governance-Architektur« (S. 40) als neuer Struktur zur politischen Bearbeitung zunehmend internationalisierter Problemlagen allerdings ausgesprochen vage und in ihrer Ableitung über alle Maßen normativ. Warum quasi zwangsläufig »Netzwerkstrukturen in und zwischen Gesellschaften ... an Bedeutung (gewinnen)« (S. 24) sollen, das wird bei Messner mit letzter Konsequenz nirgends plausibel gemacht.

Ähnliche ›Plausibilitätsprobleme‹ quälen auch andere Autoren, wie *Lothar Brock*, der über »Staatenwelt, Weltgesellschaft und Demokratie« schreibt, oder *Elmar Altvater*, der »Ort und Zeit des Politischen unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung«

verhandelt. Nachdem z.B. Altvater zeigt, daß »die Rationalität der Standortpolitik ... prinzipiell dem gleichen Dilemma ausgesetzt (ist) wie die mikroökonomische Rationalität der Unternehmen: die rational begründeten Entscheidungen summieren sich zu makroökonomischer und nun sogar globaler Irrationalität« (S. 92), schlußfolgert er, daß die neuen Regulationsnotwendigkeiten auch zu neuen Regulationsmustern führen. Wer nun allerdings die neuen Regulierungsformen, wie Energiepreiserhöhung, ökologische und soziale Klauseln im Welthandel oder die Besteuerung kurzfristiger Kapitalbewegungen, »die eigentlich nur supranational Sinn machen« (vgl. S. 93), durchsetzen soll, bleibt – bis auf den Verweis auf eine (hoffentlich) konfliktfähige »transnationale Zivilgesellschaft« (S. 95) – der Phantasie der Leser überlassen.

Im zweiten Teil des Buches befassen sich *Michel Albert*, *William Julius Wilson*, *Carsten Herrmann-Pillath* und *Oscar Muñoz Goma* durchweg aus einer eher optimistischen Perspektive mit »Globalisierung, Politik und Zukunft des Staates in den Weltregionen«. Einzig im Aufsatz von *Rainer Tetzlaff* über die außerordentlich prekäre wirtschaftliche, soziale und politische Lage in vielen afrikanischen Ländern klingen auch einige (verhalten) pessimistische Töne an. »Auf dem Hintergrund struktureller Verarmung großer Teile des Kontinents kennzeichnen sowohl politische Fortschritte im Bereich von Liberalisierung und Demokratisierung das Bild Afrikas als auch chaoträchtige Erscheinungen des Staatszerfalls und der ethnisch-religiösen Polarisierung« (S. 213).

Eine überwiegend kritische Sicht auf die Realitäten der (west)europäischen Integration und die verbleibenden gewerkschaftlichen Handlungsspielräume vermittelt zudem der Aufsatz von *Wolfgang Streeck*, mit dem der dritte und abschließende Teil des Buches – »Das Ende politischer Steuerung oder: Politik neu erfinden?« – eingeleitet wird. Dem Abschied vom einstigen Integrationsziel »der ›Harmonisierung‹ der nationalen Systeme auf hohem Niveau« (S. 235) und die Verwandlung der EU in eine »Liberalisierungsgemeinschaft« (S. 229) »ohne europäischen Staat« (S. 231) und mit gravierenden Problemen in der Wahrnehmung der Wirklichkeit (vgl. S.

223) setzt Streeck angesichts der drohenden Verohnmächtigung der Gewerkschaften die Forderung nach Zurückgewinnung nationaler Handlungsfähigkeit entgegen. »Wenn eine der fortschreitenden Internationalisierung der Ökonomie entsprechende Internationalisierung des Staates ausbleibt, muß heute alle politische Energie darauf verwendet werden, die soziale Handlungsfähigkeit des Nationalstaates zu verteidigen« (S. 244).

Derartig kritische Problemsichten sind anderen Autoren, wie *Frieder Meyer-Krahmer* (zu »Forschungs-, Technologie- und Standortpolitik«) und *Udo Ernst Simonis* (zu einer »zukünftigen Weltumweltpolitik«) offenbar vollkommen fremd. Von ihnen – von der federführenden wissenschaftlichen Elite – werden freigebig gute Ratschläge an die herrschende politische Elite verteilt, als käme es nur darauf an, »richtig« zu regieren. Und was »richtig« ist, darüber hegen die genannten Koryphäen trotz inzwischen hyperkomplexer globaler Problemkonstellationen offenbar nicht die geringsten Zweifel. Den Vogel hinsichtlich zukunftsbezogener Umbekümmertheit schießt allerdings *Klaus Esser*, Abteilungsleiter im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, ab. Nicht nur, daß er in seinem Beitrag zum »nationalstaatlichen Handeln im Übergang von der Industrie- zur Informationsökonomie« nicht einen einzigen zwingenden Begründungszusammenhang für den von ihm forsch behaupteten »Übergang« von der »Industrieökonomie« zur »Informationsökonomie« bzw. von der »Industriegesellschaft« zur »Informationsgesellschaft« (S. 248) zu liefern vermag, auch sonst hält er es keineswegs für notwendig, sich länger mit der kritischen Würdigung analytischer Befunde aufzuhalten. Statt dessen schreitet er nach dem Kochrezeptprinzip »man nehme...« kurzer Hand und zu allem entschlossen zur Politikberatung bezüglich einer »Strategie systemischer Wettbewerbsfähigkeit« (vgl. S. 254ff.). Die Endlichkeit der wirklichen Welt kümmert ihn dabei kaum – mit der richtigen Strategie kann nach Esser jeder wettbewerbsfähig werden. Nun ist die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten allerdings ein positionelles Gut, d.h. es können niemals alle gleichzeitig wettbewerbsfähig sein. Das wird bekanntlich durch die Standortkonkurrenz selbst ausgeschlossen.

Denn wo es Wettbewerbssieger gibt, muß es auch Verlierer geben. Und so könnte es sein, daß die von Esser empfohlene Rezeptur zwar zu einem Speiseangebot, aber nicht zum Essen führt, weil sowohl die verfügbaren ›Zutaten‹ (die ›harten‹ und ›weichen‹ Standortfaktoren) als auch die Anzahl der ›Esser‹ (der anzulockenden Unternehmen bzw. die zu realisierenden Gewinne) in der wirklichen Welt endlich sind. Die Mahlzeit kann zwar mit größtmöglicher Sorgfalt und Hingabe angeordnet werden, ob sie denn auch gegessen wird, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

Insgesamt offenbart dieses Buches wohl eher die Grenzen als die Möglichkeiten politischer Steuerung in der ›Weltgesellschaft‹. Aber es kann zweifellos wertvolle weitere Anstöße zu einer dringend notwendigen Debatte vermitteln. Für diese liefert es zunächst eine Problembesichtigung, nicht mehr – aber auch nicht weniger.

ARNDT HOPFMANN

Hartmut Diessenbacher:

Kriege der Zukunft:

Die Bevölkerungsexplosion gefährdet den Frieden,

Carl Hanser Verlag München

Wien 1998, 244 S. (36,00 DM)

Alles was der Leser über das Grundanliegen des Autors wissen muß, erfährt er bereits im ersten Satz. »Dieser Essay behandelt die Frage, ob der ungehinderte Zeugungs- und Empfängnisdrang der Weltbevölkerung ihre wachsende Todes- und Tötungsbereitschaft zum Resultat hat« (S. 11).

Das Buch selbst besteht aus zwölf Kapiteln, wobei die ersten fünf sich mit den erschütternden Ereignissen von 1994 in Rwanda (ein kleines Land im Herzen Afrikas) sehr plastisch und detailliert beschäftigen. Vom 7. April bis Anfang Juni 1994, also in nur wenigen Wochen, wurde ein kleines Volk – die Tutsi – faktisch ausgerottet. Sie bildeten eine Minderheit (etwa 8,2 Prozent der insgesamt 7,5 Millionen zählenden Bevölkerung Rwandas) und wurden brutal von der Mehrheit – den Hutu – massakriert. An den Grausamkeiten waren nicht nur Milizionäre und

Soldaten beteiligt. Fast alle erwachsenen Hutu-Männer und -Frauen haben an diesem Genozid mitgewirkt. »Es werden Fälle berichtet, wie Frauen ihre Ehemänner und Kinder umbrachten ... Einige Frauen, unter ihnen eine katholische Nonne, besorgten Benzin, mit dem Soldaten einige Opfer bei lebendigem Leibe verbrannten. (...) Mütter und Großmütter weigerten sich, ihre Tutsi-Kinder und Tutsi-Enkel zu verstecken. Krankenschwestern des CHK-Hospital in Kigali lieferten den Soldaten und Milizionären Patienten, Kolleginnen und Flüchtlinge aus« (S. 29). Selbst Kinder wurden zu Mördern. 600 000 Tutsi wurden abgeschlachtet. Natürlich gab es auch unter den Tätern nicht wenige Tote (auch etwa 400 000 Hutu sind umgekommen). Also, insgesamt ca. eine Million Tote in nur acht Wochen.

Interessant ist dabei die Haltung der »Advokaten« der Menschenrechte. »Das State Department wies die Botschaften an, den Begriff Genozid zu vermeiden« (S. 34 passim) Die Drahtzieher des Massakers wurden später mit französischen Militärmaschinen außer Landes gebracht.

Nicht so ausführlich, aber gleichfalls eindringlich stellt der Autor die Völkermorde im Sudan und einer Reihe anderer Länder dar.

Warum gerieten diese Völker, die jahrhundertlang mehr oder weniger friedlich nebeneinander gelebt haben, plötzlich in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts in derart erbitterte Feindschaft zueinander?

Diessenbacher referiert zunächst eine Reihe von Theorien, die sich mit dieser Problematik beschäftigen, und versucht so, eine eigene Theorie zu dieser Frage zu entwickeln. Für ihn steht die Diskrepanz zwischen der Dynamik der Bevölkerungsbewegung und der rückständigen Wirtschaft im Mittelpunkt aller Überlegungen. Die Folge dieser Diskrepanz ist der wachsende Druck der Bevölkerung auf das wichtigste Existenzmittel – Grund und Boden, und daher die Nahrungs- und Beschäftigungsmittel (vgl. S. 45 und 130).

In den Entwicklungsländern ist die rückständige Wirtschaft nicht fähig, die wachsende Bevölkerung zu absorbieren. Immer mehr Menschen bleiben außerhalb des Reproduktionsprozesses – sie sind ›überschüssig‹. Diese ›überschüssige‹ Bevölkerung in der Dritten



Welt erhält keinerlei wirksame Unterstützung. Sie ist in der Regel arbeitslos, brotlos und obdachlos. In der letzten Dekade kristallisierte sich in diesen Ländern eine neue Klasse heraus; eine Klasse von Habenichtsen – die Pauper. Ihre Zahl nimmt von Jahr zu Jahr zu. Diese Menschen vegetieren am Rande der Gesellschaft. Moralische Degradation, Unwissenheit und Brutalität sind charakteristisch für diese neue »Klasse«. Die Pauper können leicht manipuliert, fanatisiert und radikalisiert werden. Das Ergebnis können dann jene grausamen Eruptionen von Gewalt sein, wie sie eingangs beschrieben wurden. Von Kambodscha bis Sudan, von Algerien bis Rwanda überall machen die Pauper mit gewaltsamen Aktionen auf ihre hoffnungslose Lage aufmerksam.

Die Diskrepanz zwischen der Bevölkerungsdynamik und der rückständigen Wirtschaft führt so nahezu zwangsläufig zur Zuspitzung latenter ethnischer und religiöser Konflikte vor allem in multiethnischen Siedlungsräumen.

Als wesentlich verantwortlich für diesen Widerspruch zwischen Bevölkerungszahl und Existenzmitteln hebt Diessenbacher wiederholt die Rolle des »ungehinderten Zeugungs- und Empfängnisdranges« hervor. Diese Entfesselung des Vermehrungsverhaltens führt er wiederum auf die Beseitigung der Subsistenzwirtschaft und die Ausbreitung der »christlichen Sexualmoral« über »Missionierung und Kolonialisierung« zurück (vgl. S. 91).

Daß die Ursachen der genannten Spannungen in der kolonialen Vergangenheit dieser Völker wurzeln, darüber besteht kein Zweifel. Aber die eigentlichen Probleme liegen wahrscheinlich viel tiefer, als der Autor vermutet: Die koloniale Expansion des europäischen Industriekapitals hat bereits Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts die normale gesellschaftliche Entwicklung der afroasiatischen und lateinamerikanischen Völker abgeschnitten. Die Verwertungsbedürfnisse des ausländischen Kapitals erforderten zugleich Konservierung und Deformation der traditionellen Wirtschaft. Zur Sicherung der Expansion des Kapitals wurde jedoch eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt, wie z.B. die Herstellung von »Ruhe und Ordnung«, die Bekämpfung von epidemischen Krankheiten

usw. Diese, durch pures ökonomisches Interesse motivierten Maßnahmen, führten – wenn auch ungewollt – zur Reduktion der Sterblichkeit in den Kolonien und lösten somit die demographische Transition in den traditionellen Gesellschaften aus. Während die Sterblichkeit sank, blieb die Geburtenrate hoch.

Um einen notwendigen Rückgang der Geburtenrate zu erreichen, mißt der Autor – geleitet von »Erfahrungen« aus den Industriestaaten – der Einführung von Sozialversicherungs- bzw. Alterssicherungssystemen eine große Bedeutung zu (vgl. S. 85). Das war in Europa sicher ein wichtiger Faktor für den Rückgang der Geburtenrate, aber allein kaum ausreichend. Dieser Rückgang war in den europäischen Ländern vielmehr auf einen Komplex von Faktoren zurückzuführen, die im Zuge der Entstehung einer neuen Gesellschaftsordnung wirksam wurden. Gerade das, die Herausbildung einer neuartigen Gesellschaftsform, wurde in den Kolonien jedoch vereitelt.

Herbert Wells war sich dessen in bezug auf Indien bereits 1932 bewußt: »Die Bevölkerung Indiens stellt eine ganz abnorme Anhäufung dar. Die Schutzherrschaft Englands hat das Land im Zustand des Friedens erhalten, Seuchen und Hungersnöte – jene Faktoren natürlicher Regulierung in unzivilisierten Ländern – verhütet, hat aber kaum etwas für die Erziehung und für die Hebung des Lebensstandards jener gewaltigen Bevölkerung getan« (Herbert G. Wells: Arbeit, Wohlstand und das Glück der Menschheit, Berlin Wien Leipzig 1932, S. 323f.).

Die heutigen schwer lösbaren Probleme der Entwicklungsländer haben ihre eigentlichen Wurzeln in diesem unheilvollen Drang des ausländischen Kapitals, der im Grunde bis heute andauert.

Im Zuge der demographische Prozesse in den letzten 100 Jahren und besonders in den letzten 50 Jahren (rapider Rückgang der Sterblichkeit und anhaltende, traditionell hohe Geburtenrate) haben die Entwicklungsländer nun eine jugendliche Bevölkerungsstruktur. Daher wird die absolute Zahl der Bevölkerung in den kommenden Dekaden, trotz des zu erwartenden Rückgangs der Geburtenrate, noch weiter zunehmen und sich im Zeitraum zwischen 2000 und 2050 voraus-

sichtlich verdoppeln und 10 Milliarden Menschen erreichen. Die wirtschaftliche Dynamik dieser Länder bleibt noch weiter hinter der Bevölkerungsdynamik zurück. Was tun?

Keiner hat eine schlüssige Antwort auf diese Frage. Niemand hat bisher eine brauchbare Konzeption für die Lösung der Bevölkerungsfrage, die – um mit Bertrand Russell zu sprechen – »das fundamentalste Problem« unserer Zeit darstellt. Für Diessenbacher jedoch ist die Sache relativ einfach. Er sieht das beste Mittel in verstärkter Geburtenkontrolle: »Kondome statt Kalaschnikows!« (S. 215).

PARVIZ KHALATBARI

Stephan Stracke:

»Mit rabenschwarzer Zuversicht«,  
Achterland Verlagscompagnie  
Wuppertal 1998, 146 S. (32,00 DM)

Wer mag noch an kommunistischer Geschichte interessiert sein oder gar darüber schreiben? Sicher nur die alten Kämpfer, werden viele denken. Manche legen dann deprimiert die Hände in den Schoß und trösten sich mit ein bißchen Stöbern bei Marx, andere stürzen sich irgendwo zwischen mißmutig und frohgemut in den kapitalistischen Alltag und lesen außer dem Börsenbericht gar nichts mehr.

Für sie alle gibt es eine Überraschung. Die kommunistische Vergangenheit ist nicht vergessen. Und es sind die Jungen, die ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen. Eine Gruppe von lange nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Historikern aus Wuppertal hat sich vor ein paar Jahren zusammengetan, um die Geschichte des Widerstandes, der Verfolgung und des Exils in ihrer Stadt und Region zu untersuchen. Man bemüht sich, gewonnenes Wissen und Informationen durch Publikationen und Vorträge zu verbreiten. Und die Resultate sind wahrhaftig keine trocken wissenschaftlichen Abhandlungen.

Die neueste Veröffentlichung der Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand in Zusammenarbeit mit der kleinen Achterland Verlagscompagnie ist die Dokumentation »Mit rabenschwarzer Zuversicht« – eine bewegende Erzählung von Stephan Stracke über den Kommunistischen Jugendverband. Die

Geschichtsschreibung über den deutschen Kommunismus sei die eines Dogmas ohne Menschen, einer Apparateherrschaft ohne Subjekte, lautete eine weit verbreitete und zu meist berechnete Kritik.

Stracke hat nun ein sehr menschliches Werk dagegen gesetzt und trotzdem keine Fakten und kritischen Analysen vermieden. In der Einleitung schreibt er: »Kaum beachtet wurde in der bisherigen Forschung, daß gerade die deutsche kommunistische Bewegung vor allem in ihren Hochburgen eine soziale Massenbewegung, eine Bewegung von ›gewöhnlichen‹ Leuten, war und daß in Zeiten der Niederlage und Stagnation die Partei aus generationsübergreifenden Familienkernen bestand.«

Die Geschichte des Wuppertaler Kommunismus kann nach seiner Ansicht nicht als Funktionärgeschichte beschrieben werden, denn sie war seit der Gründungsphase und insbesondere in der Zeit der großen Verfolgungswellen 1934/35 ›Familiensache‹ und überstand alle Krisenzeiten als ›Familienverband‹.

In Strackes Buch erhält man einen Überblick über die Entstehung der progressiven Jugendbewegung bis hin zu kommunistischen Kindergruppen und dem Kommunistischen Jugendverband. Als ein wichtiger Faktor wird die hoffnungslose wirtschaftliche Situation besonders für die Arbeiterjugend während und nach dem Ersten Weltkrieg sowie in der Weimarer Zeit und den ersten Jahren nach der Machtübernahme durch die Nazis beschrieben. Und man erfährt über staatliche Unterdrückung und Zwangsarbeitslager für Jugendliche aus dem Proletariat schon vor der Nazizeit – eine raffinierte Methode der Herrschenden, effektive politische Organisationsstrukturen zu zerschlagen. Interessant ist die Beschreibung der durch die Arbeiterbewegung geschaffenen und erfolgreichen »Freien Schulen«, deren Motto war: »Haltet zusammen! Zerbrecht den Rohrstock, der Euch für das ganze Leben zu Knechten machen soll!«

Und obgleich die Spaltung der Arbeiterbewegung bereits präsent war, gab es gemeinsame Schulgärten und Jugendheime für die Freizeit und das gemeinsame Bekochen der Kinder durch sozialdemokratische und kommunistische Frauen. So wuchsen Kinder und

Jugendliche mit dem Beispiel der Solidarität und dem Willen zum Kampf auf.

Ein Kapitel widmet der Historiker den proletarischen Mädchen und jungen Frauen und ihrer Rolle im organisierten politischen Leben. Er stellt fest: »Den Mädchen erschloß sich in der proletarischen Jugendbewegung eine Wertewelt, die Anregungen für geistige Interessen und kulturelle Bildung enthielt, die ihnen sonst versperrt geblieben wären.« Zu Beginn der NS-Herrschaft verstärkte sich der Anteil von jungen Frauen im KJVD. Stracke zeigt, daß es nach der Machtübernahme der Nazis besonders die Jungkommunisten waren, die zum bewaffneten Widerstand bereit waren und sogar Waffenlager besaßen. Noch nach dem Reichstagsbrand erschien am 14. März zum 50. Todestag von Karl Marx eine siebenseitige Sonderausgabe der illegalen »Jungen Garde« in Wuppertal.

Doch dann wurden Jungkommunisten auf offener Straße ermordet und schließlich die ersten Todesurteile gegen Mitglieder des KJVD gefällt. Währenddessen war eine völlige Verkennung der politischen Lage ihrerseits zu bemerken. Die »Junge Garde« schrieb im Mai 1934: »Das Ziel der Eroberung der Macht ist nur durch tägliche Kämpfe, durch Streiks, Massenkämpfe, politische Massestreiks und durch den Generalstreik bis zum bewaffneten Sturz der faschistischen Kapitalsdiktatur zu erreichen.«

Gleichzeitig propagierte man mit Hilfe der Sozialfaschismustheorie den Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die vermeintlichen Trotzlisten und Brandleristen und versperrte sich so jede solidarische Zusammenarbeit der Gegner der Nazis. Einige illegale Ortsgruppen ließen sich jedoch ihre Eigenständigkeit nicht nehmen und bauten aktive Verbindungen mit sozialdemokratischen und christlichen Jugendgruppen auf. Insbesondere zu erwähnen ist der Kontakt zwischen Kaplan Josef Rossaint, Diözesanpräses der Katholischen Jugend, und dem KJVD. Er verbarg kommunistische Funktionäre im Pfarrhaus und organisierte Diskussionsabende und Wochenendschulungen verschiedener katholischer Jugendorganisationen, auf denen Jungkommunisten über Probleme des Kampfes gegen Hitler sprechen konnten. Papier für kommunistische Druck-

schriften wurde aus katholischen Quellen besorgt, der Vertrieb der »Jungen Garde« lief teilweise über katholische Netze, und Kuriere des KJVD kamen regelmäßig in Klöstern unter. Diese Art Allianz geschah zumeist ohne Wissen oder gegen den ausdrücklichen Willen des ZK des KJVD.

Das Beispiel der jungen Wuppertaler Kommunisten fand Widerhall bei kommunistischen Gewerkschaftern, die 1934 entgegen der Parteilinie gemeinsam mit Sozialdemokraten und Parteilosen Widerstandsgruppen in einem organisierten überbetrieblichen Rahmen aufbauten. Die griffen direkt in fabrikinterne Auseinandersetzungen ein, stellten eigene Zeitungen mit folgendem Massenverkauf her und lösten sogar zwei Kurzstreiks aus.

Die politische Organisierung von Jungarbeitern durch den KJVD blieb allerdings erfolglos. Nach den Massenverhaftungen im Jahre 1935 war die kommunistische Bewegung weitgehend zerschlagen. Es wird von etwa 12.000 der Vorbereitung zum Hochverrat Angeklagten in den Jahren 1933 bis 1936 im Rhein-Ruhr-Gebiet berichtet. Gerade in den Kapiteln über die Zeit des Widerstandes sind private Fotos von kommunistischen Jugendlichen eingefügt, und die Beschreibungen einzelner Schicksale bringen das Grauen besonders nah. Über einige ehemalige Wuppertaler Jungkommunisten wie Albert Norden erfährt man interessante Details aus ihrem Leben. Und ich entdeckte Einzelheiten über alle Angehörigen meiner im Widerstand organisierten und verfolgten Familie.

Die Beschreibung des Weges der kommunistischen Jugend wird zu einem Streifzug durch eine Welt aus Unmenschlichkeit und Menschlichkeit, Ausweglosigkeit und Hoffnung. Nach der militärischen Niederlage des NS-Staates blieben die deutschen Kommunisten laut Stracke geschlagene Sieger. Denn sie standen vor dem Nichts, was ihre Utopien und ihre Verankerung im deutschen Proletariat anging. Dann aber zitiert er Wilhelm Pieck: »Unser Volk ist in tiefster Seele krank, vergiftet von der Nazipest. Und doch dürfen wir den Glauben an unser Volk nicht verlieren, weil wir sonst unsere Arbeit als Kommunisten einstellen können.« Ein zeitloses Signal?

KATIA DAVIS